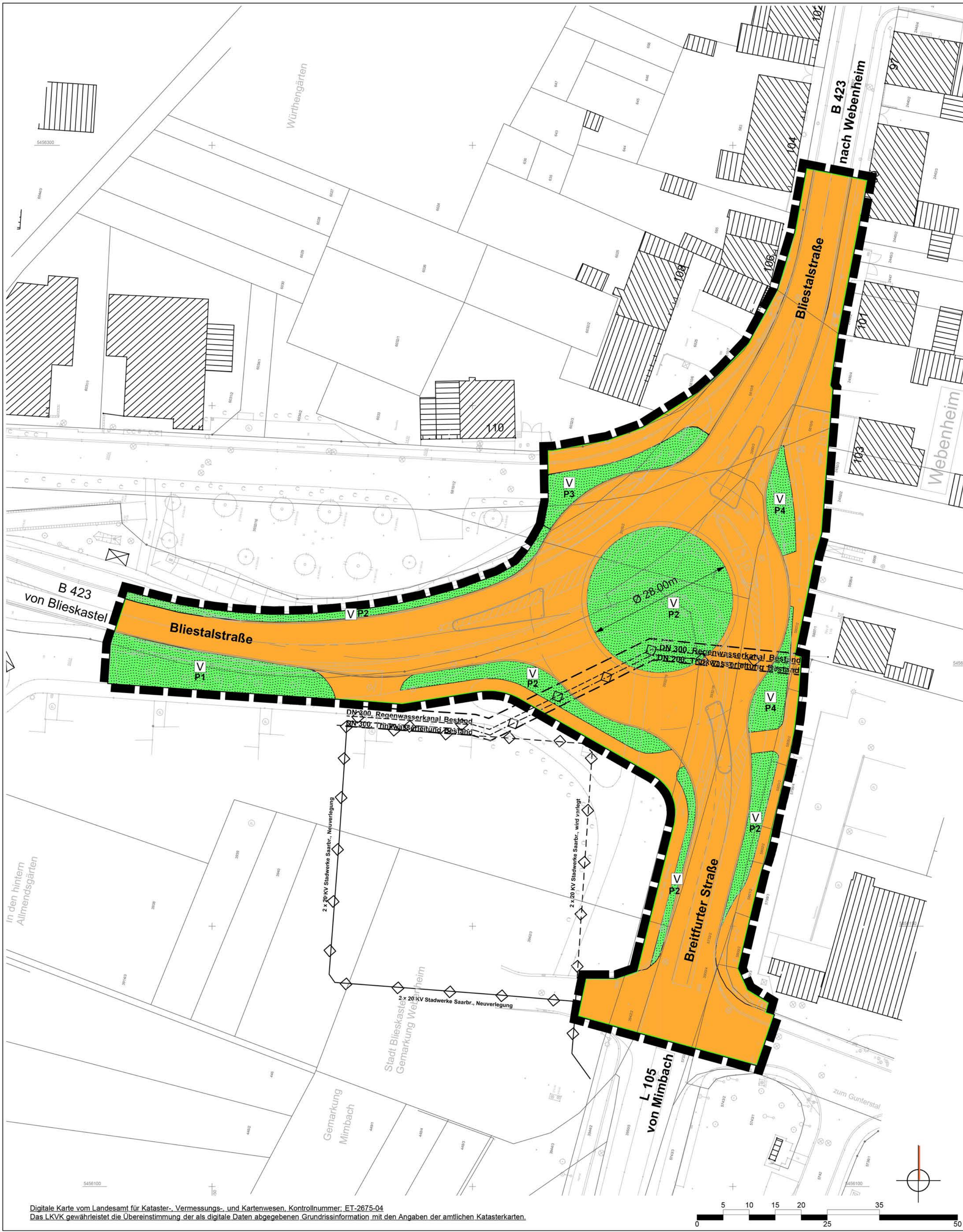




Teil A: Planzeichnung



Digitale Karte vom Landesamt für Kataster-, Vermessungs- und Kartenwesen, Kontrollnummer: ET-2675-04
Das LSVK gewährleistet die Übereinstimmung der als digitale Daten abgegebenen Grundreissinformationen mit den Angaben der amtlichen Katasterkarten.

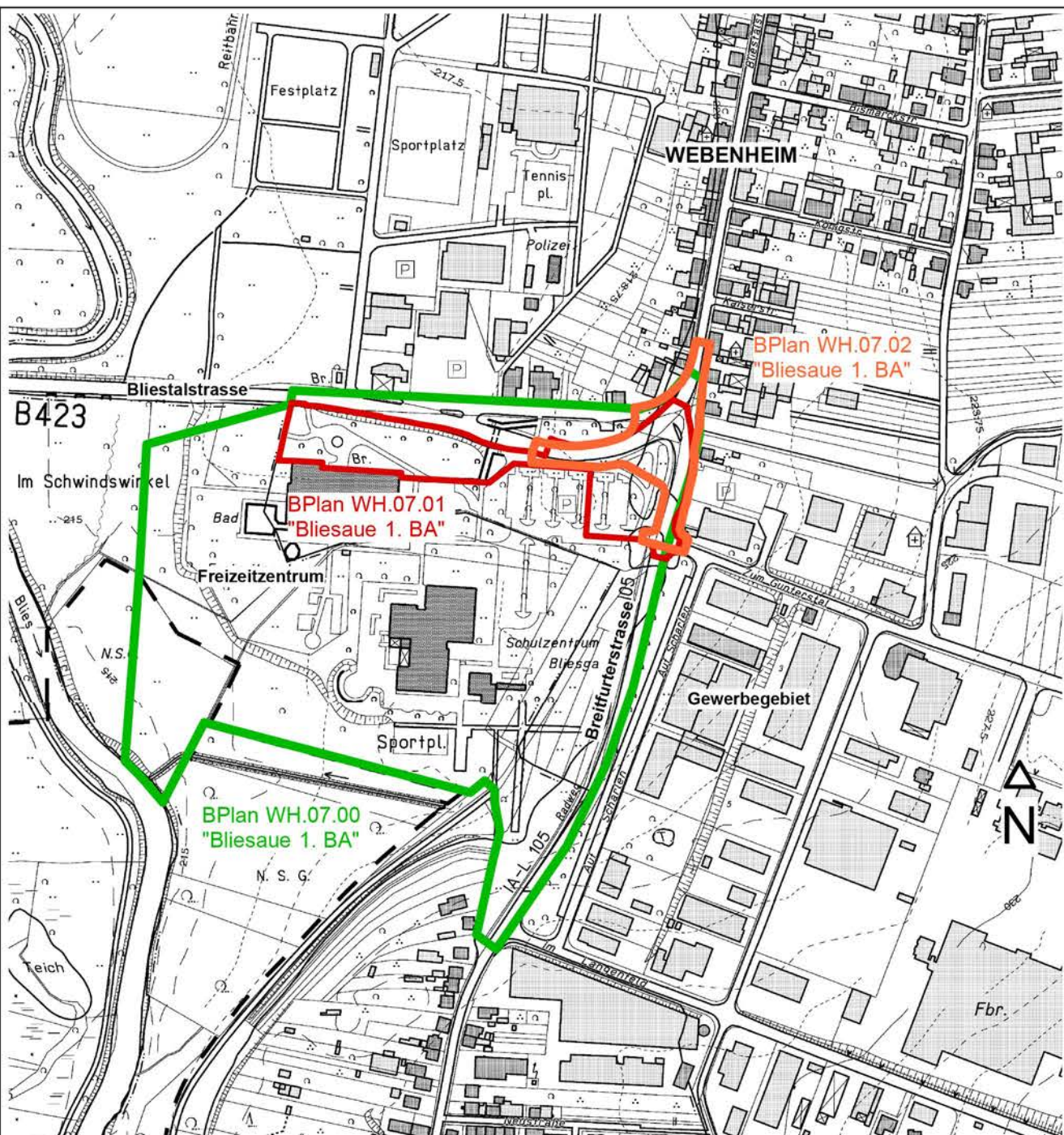
Planzeichenerläuterung

(nach BauGB in Verbindung mit BauNVO und PlanZO 1990)

- Verkehrsflächen**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB)
- Straßenverkehrsflächen
- Straßenbegrenzungslinie auch gegenüber Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
- Hauptversorgungs- und Hauptabwasserleitungen**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 13 und Abs. 6 BauGB)
- unterirdisch
- Grünflächen**
(§ 9 Abs. 1 Nr. 15 und Abs. 6 BauGB)
- Grünflächen
- Straßenbegleitgrün
- P1 Bezeichnung der Pflanzmaßnahme

- Sonstige Planzeichen**
- Grenze des Bebauungsplanes WH.07.02 "Bliesau 1. BA"
- mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen

Lage im Plangebiet (M 1: 5.000)



- BPlan WH.07.00 "Bliesau 1. BA"
- BPlan WH.07.01 "Bliesau 1. BA"
- BPlan WH.07.02 "Bliesau 1. BA" - aktuell

Festsetzungen

gem. § 9 BauGB i.V.m. BauNVO

1. Verkehrsflächen sowie Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung
(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB)

siehe Planzeichnung

hier: Die Bliesalstraße (B 423), die Breifurterstraße (L 105) und die angrenzenden Fuß- und Radwege werden als Verkehrsflächen festgesetzt.

2. Führung von Versorgungsanlagen und -leitungen
(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)

siehe Planzeichnung

Anlagen, die der Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wärme und Wasser sowie zur Ableitung der Abwässer dienen, sind zulässig.

hier:
- DN 300/200 Trinkwasserleitung sowie Mess- und Regelschacht der Stadtwerke Bliesal GmbH
- DN 300 Regenwasserkanal des Abwasserwerkes Blieskastel sowie Schachtbauwerk

Die im Gebiet anfallenden Abwässer sind entsprechend ihrer potentiellen Schadstoffkontamination getrennt abzuleiten (Trennsystem).

Die anfallenden belasteten Oberflächenabwässer der Verkehrsflächen werden in den bestehenden Schmutzwasserkanal der Breifurterstraße (DN 800) abgeleitet.

Unbelastetes Niederschlagswasser wird in den vorhandenen Regenwasserkanal (DN 300) geleitet und der Blies zugeführt.

3. Öffentliche Grünflächen
(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Festsetzung von öffentlichen Grünflächen gemäß Planzeichnung mit der Zweckbestimmung Verkehrsgrün. Die Begrünung der öffentlichen Grünflächen hat nach den Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB zu erfolgen.

Innerhalb des Verkehrsgrüns sind Verkehrsbeschilderungen und Anlagen, die zur Regelung des Verkehrs dienen, zulässig.

4. Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen
(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

siehe Planzeichnung

Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der Ver- und Entsorgungsträger im dargestellten Bereich.

hier: Trinkwasserleitung DN 300/200 Regenwasserkanal DN 300

5. Flächen zum Anpflanzen und zum Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen
(gem. § 9 Abs. 1 Nr. 25 a + 25 b BauGB)

siehe Planzeichnung.

P1:
Im Bereich der mit P1 gekennzeichneten Flächen sind Einzelbäume (Eberesche) alleinstehend anzupflanzen. Der Untenwuchs ist grünerisch zu gestalten.

P2:
Auf dem straßenbegleitenden Grünstreifen hat die Ansaat von Landschaftsrasen (RSM 7.2.1 Standard mit Kräutern) zu erfolgen.

P3:
Die Fläche P3 ist dicht mit standortgerechten Gehölzen zu bepflanzen und zu einer dichten Gehölzfläche zu entwickeln.

P4:
Der Bereich der mit P4 gekennzeichneten Fläche ist dauerhaft zu begrünen und grünerisch zu gestalten.

Teil B: Textteil

Hinweise

Vorgaben für die Bauausführung

Bei Erd- und Bauarbeiten ist darauf zu achten, dass vorhandene Ver- und Entsorgungsanlagen nicht beeinträchtigt, gesichert oder gegebenenfalls verlegt werden. Vor Baubeginn der Baumaßnahmen sind sämtliche Leitungsträger zu informieren. Eine rechtzeitige Abstimmung mit den Leitungsträgern und Einweisung der am Bau beteiligten Firmen wird empfohlen.

Die Vorgaben des ATV-Arbeitsblattes A 142 bei Kanalarbeiten, des DVGW Arbeitsblattes W 101 sowie die RISWag bei der Errichtung von Verkehrs- und Parkflächen sind zu beachten. Es sind Vorkehrungen zum Schutz vor chemischen Verunreinigungen während der Bauphase zu treffen. Dazu gehören z.B. das Vorhalten von Entsorgungseinrichtungen auf der Baustelle, der sachgerechte Umgang mit Treib- und Schmierstoffen, Farben, Lösemitteln etc. sowie die ständige Kontrolle von Baumaschinen und Fahrzeugen.

Oberboden und angrenzende Vegetation

Der bei den zu erwartenden Baumaßnahmen anfallende Oberboden ist abzuschleiben, fachgerecht zu lagern und bei der Gestaltung der Grünflächen wieder zu verwenden. Während der Bauausführung soll nach DIN 18515 vorgegangen werden. Die Vegetation angrenzender Flächen soll während der Baumaßnahmen vor Beschädigungen geschützt werden. Dabei sind die in der DIN 18521 formulierten Sicherheitsvorkehrungen zu beachten.

Munitionsfunde

Im Planungsbereich sind Munitionsfunde nicht auszuschließen. Eine vorsorgliche Überprüfung durch den Kampfmittelbeseitigungsdienst wird empfohlen. Die Anforderungen des Kampfmittelbeseitigungsdienstes sind frühzeitig vor Beginn der Erdarbeiten zu klären.

Bodenfunde

Beim Vorkommen von Bodenfunden ist das Gesetz Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalschutzgesetzes (DSchG), insbesondere die Anzeigepflicht von Bodenfunden (§ 12 Abs. 1 DSchG) und das Veränderungsverbot (§ 20 DSchG) zu beachten. Auf § 20 DSchG wird hingewiesen.

Gesetzliche Grundlagen

Bund:

- Raumordnungsgesetz (ROG) vom 18. August 1997 (BGBl. I S. 2081, 2102) zuletzt geändert durch Artikel 10 des Gesetzes zur Beschleunigung von Planungsverfahren für Infrastrukturvorhaben vom 09. Dezember 2006 (BGBl. I S. 2833)
- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316)
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNutzungsverordnung) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 133) zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes zur Erleichterung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitions-erleichterungs- und Wohnbaulandgesetz) vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466)
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenvordnung 1990 PlanZV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S. 58)
- Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. August 2002 (BGBl. I S. 2245), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Umwelthaftung zur Vermeidung und Sanierung von Umweltschäden vom 10. Mai 2007 (BGBl. I S. 666)
- Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. März 2002 (BGBl. I S. 1183), zuletzt geändert durch Artikel 1 des ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 12. Dezember 2007 (BGBl. I S. 2873)
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. September 2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Reduzierung und Beschleunigung von Immissions-schutzrechtlichen Genehmigungsverfahren vom 23. Oktober 2007 (BGBl. I S. 2470)
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Bodenveränderungen und zur Sanierung von Altlasten (Bundes-Bodenschutzgesetz - BBodSchG) vom 17. März 1998, zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 09. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3214)
- Bundesbodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12. Juli 1999 (BGBl. I S. 1554) zuletzt geändert durch Artikel 2 der Verordnung vom 23. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3758)

Land:

- Saarländisches Landesplanungsgesetz (SLPG), Gesetz Nr. 1502 vom 12. Juni 2002 (Amtsblatt des Saarlandes Nr. 37 vom 01.08.2002, S. 1506), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1621 zur Änderung des Saarländischen Landesplanungsgesetzes und anderer Rechtsvorschriften vom 16. Mai 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1390)
- Kommunelebensverwaltungsgesetz (KSVG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997 (Amtsblatt des Saarlandes S. 682) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1632 (Verwaltungsstrukturreformgesetz) vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes S. 2393)
- Gesetz Nr. 1592 zur Neuordnung des Saarländischen Naturschutzgesetzes - Gesetz zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland (Saarländisches Naturschutzgesetz SNG), vom 01. Juni 2006 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 726)
- Saarländisches Wassergesetz (SWG), in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. Juli 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 1984) zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung des Zugangs zu Umweltinformationen vom 12. September 2007 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 2026)
- Landesbauordnung (LBO), Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1544 zur Neuordnung des Saarländischen Bauordnungs- und Baubereichs vom 18. Februar 2004 (Amtsblatt des Saarlandes S. 822), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes Nr. 1639 vom 21. November 2007 (Amtsblatt des Saarlandes 2008, S. 278)
- Saarländisches Gesetz zur Ausführung des Bundes-Bodenschutzgesetzes (SBodSchG)-Saarländisches Bodenschutzgesetz vom 20. März 2002 (Amtsblatt des Saarlandes, S. 990)

Nachrichtliche Übernahme

gem. § 9 Abs. 6 BauGB

Wasserschutzgebiet und Ausnahme-genehmigung von den Verboten

Das Plangebiet befindet sich innerhalb der Zone III des mit Verordnung vom 24.08.1990 festgesetzten Wasserschutzgebietes C 35 Bliesal. Lt. § 3 Abs. 1, Ziff. 8 und 10 der Schutzgebiets-VO sind in der Zone III das Lagern wassergefährdender Stoffe sowie das Betreiben von Umschlags- und Vertriebsstellen für Heizöl, Dieselöl und alle übrigen wassergefährdenden Stoffe verboten. Eine Ausnahme von diesen Verboten bedarf der Genehmigung durch die Untere Wasserbehörde.

Festsetzungen

gem. § 9 Abs. 7 BauGB

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches siehe Planzeichnung

Verfahrensvermerke

Aufstellungsbeschluss

Der Rat der Stadt Blieskastel hat in seiner Sitzung am 09.07.2007 die Aufstellung des Bebauungsplanes WH.07.02 "Bliesau 1.BA" beschlossen.

Der Aufstellungsbeschluss wurde am 20.07.2007 durch Veröffentlichung im amtlichen Bekanntmachungsblatt ortsüblich bekannt gemacht.

Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB sowie ohne Durchführung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung und Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange aufgestellt.

Beteiligungsverfahren

Der Rat der Stadt Blieskastel hat in seiner Sitzung am 09.07.2007 den Entwurf des Bebauungsplans mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 25.07.2007 um Stellungnahme zum Entwurf des Bebauungsplans und zur Begründung gebeten (§ 4 Abs. 2 BauGB).

Der Entwurf des Bebauungsplans hat mit der Begründung in der Zeit vom 30.07.2007 bis einschließlich 31.08.2007 während der Dienststunden öffentlich ausgelegt (§ 3 Abs. 2 BauGB). Ort und Dauer der Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben, und dass ein Antrag nach § 47 Verwaltungsverfahrensgesetz unzulässig ist, sowie mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben, am 07.03.2008 durch Veröffentlichung im Amtslichen Bekanntmachungsblatt der Stadt Blieskastel ortsüblich bekannt gemacht.

Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 25.07.2007 um Stellungnahme zum geänderten Entwurf des Bebauungsplans und zur Begründung gebeten (§ 4 Abs. 2 BauGB).

Der Rat der Stadt Blieskastel hat in seiner Sitzung am 28.02.2008 die abgegebenen Stellungnahmen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange geprüft.

Der Bebauungsplanentwurf wurde nach der Auslegung geändert. Der geänderte Entwurf wurde vom Rat der Stadt Blieskastel in seiner Sitzung am 28.02.2008 angenommen. Gemäß § 4a Abs. 3 BauGB hat der geänderte Entwurf des Bebauungsplans mit der Begründung in der Zeit vom 17.03.2008 bis einschließlich 18.04.2008 während der Dienststunden öffentlich ausgelegt. Ort und Dauer der erneuten Auslegung wurden mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben, am 07.03.2008 durch Veröffentlichung im Amtslichen Bekanntmachungsblatt der Stadt Blieskastel ortsüblich bekannt gemacht.

Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit Schreiben vom 14.03.2008 um Stellungnahme zum geänderten Entwurf des Bebauungsplans und zur Begründung gebeten (§ 4a Abs. 3 BauGB).

Der Rat der Stadt Blieskastel hat in seiner Sitzung am 28.02.2008 die abgegebenen Stellungnahmen aus der erneuten Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange geprüft. Das Ergebnis der Prüfung ist mit Schreiben vom 28.02.2008 denjenigen, die Stellungnahmen abgegeben haben, mitgeteilt worden.

Satzungsbeschluss

Der Bebauungsplan WH.07.02 "Bliesau 1.BA" wurde in der Sitzung am 28.02.2008 vom Rat der Stadt Blieskastel als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde gebilligt (§ 10 Abs. 1 BauGB).

Ausfertigung

Der Bebauungsplan WH.07.02 "Bliesau 1.BA" wird hiermit ausfertigt.

Blieskastel, den _____

(Unterschrift)

Bekanntmachung

Der Beschluss des Bebauungsplanes WH.07.02 "Bliesau 1.BA" als Satzung sowie die Stelle, bei der der Plan mit Begründung auf Dauer während der Dienststunden von Jedermann eingesehen werden kann und bei der über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, wurden am 28.02.2008 im Amtslichen Bekanntmachungsblatt der Stadt Blieskastel ortsüblich bekannt gemacht.

Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten.

Blieskastel, den _____

(Unterschrift)